

# **Bündner Hoteliers befürworten Olympische Winterspiele 2026**

Die bevorstehenden Abstimmungen im Februar zur Kandidatur von Olympischen Winterspiele 2026 als auch zur Unternehmenssteuerreform III ist für die Bündner Wirtschaft und den Tourismus von grosser Bedeutung. Der Regionalverband hotelleriesuisse Graubünden wirbt deshalb für ein Ja der Bevölkerung an den Urnen.



Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Perspektiven des Kantons Graubünden gelte die Kandidatur um die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 Graubünden und Partner als grosse Chance, schreibt hotelleriesuisse Graubünden in einer Mitteilung. Insbesondere für den Tourismus seien umfassende substantielle Impulse nötig. Dabei gehe es nicht nur um einen der grössten Sport-Events der Welt, sondern um die Entwicklung Graubündens in den nächsten zehn Jahren, so der Regionalverband von hotelleriesuisse.

## **Passt echt zu Graubünden**

Mit der Agenda 2020 hat das IOC grundsätzlich neue Rahmenbedingungen für Olympische Winterspiele geschaffen. Mit diesem Reformprojekt sind neu Spiele mit mehr Austragungsorten möglich. «Die dezentrale Durchführung und die konsequente Nutzung bestehender Infrastrukturen machen Spiele möglich, die echt zu Graubünden passen und die nachhaltige, volkswirtschaftliche Impulse auszulösen vermögen», schreibt der Verband.

Damit die Ausarbeitung einer konkreten Kandidatur möglich wird, beschliessen die Bündner Hoteliers deshalb die Ja-Parole für die Abstimmung vom 12. Februar 2017. Der definitive Entscheid über die Durchführung wird anschliessend in einer zweiten Abstimmung gefällt.

## **Ja zur Unternehmenssteuerreform III (USTR III)**

Der Regionalverband stellt sich auch hinter die Unternehmenssteuerreform III. Die Schweiz sei wohlhabend und erfolgreich, weil sie zu den innovativsten Ländern der Welt gehört, so hotelleriesuisse Graubünden.

Rund die Hälfte der privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben werden heute von jenen Unternehmen bezahlt, die von steuerlichen Sonderregelungen profitieren. Die bisherigen Sonderregeln würden im Ausland nicht länger akzeptiert. Die Kantone müssten ihre Steuersysteme deshalb unabhängig des Ausgangs der Abstimmung anpassen, heisst es weiter.

Ein Nein würde Bund, Kantone und Gemeinden in eine schwierige Situation bringen. Dank der Steuerreform bleibe die Schweiz ein interessanter Standort für Forschung und Entwicklung. Dies sei gerade auch für Graubünden wichtig, hängt doch der Finanzhaushalt des Kantons zu 50 Prozent direkt oder indirekt von Zuwendungen des Bundes ab. «Es muss anderen gut gehen, damit es auch Graubünden besser geht», argumentieren die Hoteliers. (htr/npa)

Publiziert am Donnerstag, 22. Dezember 2016